

POSITIONSPAPIER

Kooperation mit den Ländern des Westlichen Balkans

Zum Stand und den Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder des Westlichen Balkans aus Sicht der deutschen Wirtschaft

Herausgeber:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Vorsitzender:

Oliver Hermes

Geschäftsführer:

Michael Harms

Redaktion:

Anja Quiring

Antje Müller

© 2021

Kontakt:

Breite Straße 29

10178 Berlin

Tel.: +49 (0)30 206167-120

E-Mail: kontakt@oa-ev.de

Twitter: @OstAusschuss

www.ost-ausschuss.de

Inhaltsverzeichnis

A)	Einleitung.....	4
	Wirtschaftliche Entwicklung.....	4
	Engagement der deutschen Wirtschaft in den Ländern des Westlichen Balkans	5
	Bewältigung der Corona-Pandemie	6
	Potenziale und Perspektiven der Länder des Westlichen Balkans	8
B)	Hebel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	9
	Rechtsstaatlichkeit	9
	Dialogbereitschaft und regionale Zusammenarbeit.....	9
	Fachkräftesicherung - Bildung - Arbeitsmarkt.....	10
C)	Zukunftsthemen für wirtschaftliche Erholung und beschleunigte Entwicklung.....	12
	Modernisierung der industriellen Produktion, Förderung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Agrarwirtschaft und Verbesserung der digitalen Infrastruktur ...	12
	Green Deal.....	14
	Corporate Social Responsibility	15
D)	Ziel bleibt die europäische Integration der Länder des Westlichen Balkans	16
E)	Über den Herausgeber	17

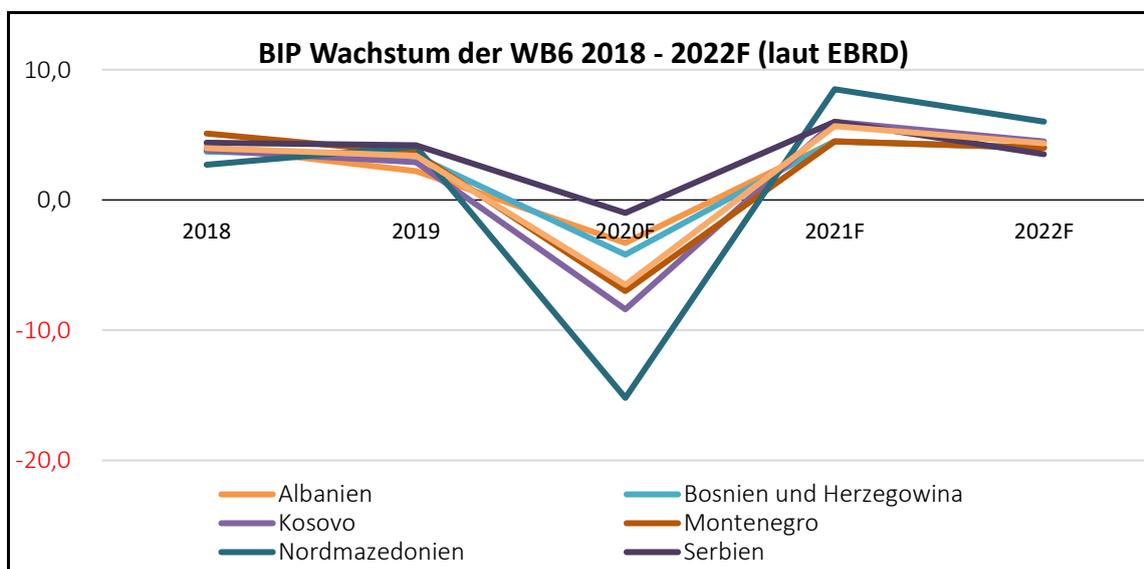
A) Einleitung

Seit dem ersten Westbalkan-Gipfel 2014, der auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel stattfand, treffen sich einmal jährlich die wichtigsten Regierungsmitglieder aller sechs Westbalkan-Staaten (WB-6: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) mit Spitzenvertretern aus der EU und europäischen Regierungsvertretern. Slowenien und Kroatien als direkte Nachbarn waren von Beginn an als Beobachter eingebunden. Ziel dieses sogenannten „Berlin-Prozesses“ ist es, regionale Kooperationen auszubauen und gemeinsame Projekte in Bereichen wie Energie, Ausbau der Transportinfrastruktur oder wissenschaftliche Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen und nachhaltig zu stärken. Weitere Gipfeltreffen dieses Formates fanden in Österreich (2015), Frankreich (2016), Italien (2017), Großbritannien (2018), Polen (2019) und zuletzt in Sofia (2020) auf Einladung der Regierungen Bulgariens und Nordmazedoniens statt.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) hat sich von Beginn an mit seinen Mitgliedsunternehmen aktiv in diesen Prozess eingebracht und mit Partnern aus der Region eigene Veranstaltungen organisiert, um den Dialog über die Bedürfnisse der Wirtschaft zu fördern. So veranstaltete der Ost-Ausschuss gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Montenegros nur wenige Wochen nach dem ersten Gipfel in Berlin 2014 eine regionale Wirtschaftskonferenz in Montenegro, um gemeinsam mit Regierungs- und Unternehmensvertretern die Fortschritte und Perspektiven der regionalen Zusammenarbeit zu diskutieren. Weitere Konferenzen in Budva (2016) und Belgrad (2018) sowie zahlreiche Gesprächsformate im regionalen oder bilateralen Kontext folgten.

Im Sommer 2021 fand der Westbalkan-Gipfel unter der Gastgeberschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder in Berlin statt, begleitet vom Treffen der Wirtschaftsminister der Länder des Westlichen Balkans, das auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier organisiert wurde. Wir nehmen dies zum Anlass und legen dieses Papier zum aktuellen Stand der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Westlichen Balkans vor.

Wirtschaftliche Entwicklung



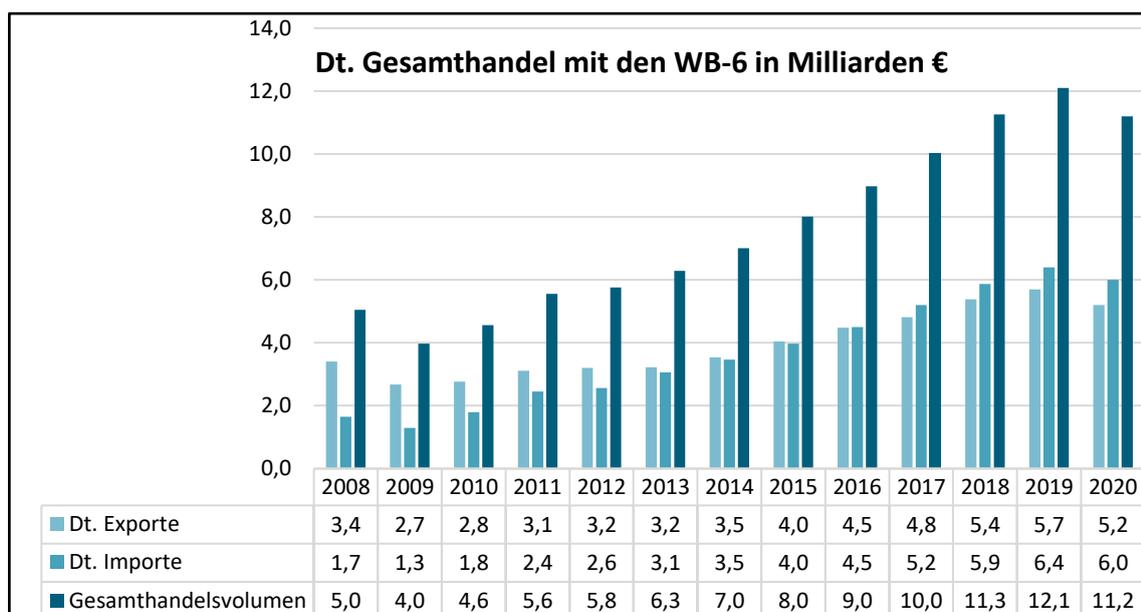
Quelle: EBRD, 2021

Die wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Westlichen Balkans war bis 2019 von einem stetigen Wachstum gekennzeichnet. Die Signale für ein weiteres Wachstum standen bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 auf Grün. Die Pandemie hat dann auch in der Region WB-6 zu Einbrüchen im Wirtschaftswachstum und Handel geführt. Seit Anfang 2021 läuft ein Aufholprozess. Die Prognosen der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) von Juni 2021 liegen bei einer durchschnittlichen Steigerung des Wachstums in den Ländern des Westlichen Balkans von fünf Prozent, für 2022 bei 4,3 Prozent. Es gilt, auf die positiven Prognosen für die Zeit nach der Pandemie aufzubauen.

Engagement der deutschen Wirtschaft in den Ländern des Westlichen Balkans

Deutschland ist und bleibt wichtiger Wirtschaftspartner der Region. Dies zeigt sich in den Investitionen und noch viel mehr in der Zahl der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze. Allein in Serbien rechnet man mit ca. 70.000 Arbeitsplätzen, weitere 35.000 kommen nach Angaben der Delegationen der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina dazu, in Nordmazedonien etwa 20.000 sowie Tausende weitere in Albanien, Montenegro und Kosovo. Diese mehr als 125.000 Arbeitsplätze sind Ausdruck des nachhaltigen Engagements der deutschen Wirtschaft in der Region.

Ein weiterer Indikator für die intensive Zusammenarbeit mit der Region ist der Außenhandel. So hat sich der Warenaustausch mit der Region seit 2009 bis 2019 verdreifacht.



Quelle: Berechnungen des Ost-Ausschusses, Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Auf Grund des pandemiebedingten Lockdowns ging der Warenaustausch mit der Region 2020 um 7,4 Prozent zurück. Dabei waren die Entwicklungen in den einzelnen Ländern 2020 sehr unterschiedlich. Während der deutsche Warenaustausch mit Albanien (-0,8 Prozent) und Serbien (-2,2 Prozent) vergleichsweise stabil blieb, schrumpfte der Handel mit Nordmazedonien um 14,5 Prozent am stärksten, mit Montenegro um 6,4 Prozent und mit Bosnien und Herzegowina um 6,3 Prozent.

Optimistisch stimmt die Bilanz des ersten Halbjahres 2021, die eine deutliche Belebung des Handels mit den Ländern des Westlichen Balkans zeigt. Mit einer Steigerung von fast 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erreichte der Wert der gehandelten Waren

fast sieben Milliarden Euro. Nach dem starken Einbruch im Corona-Jahr 2020 ist nunmehr also eine kräftige Erholung zu verzeichnen. Vergleicht man die Summe des Warenaustausches mit der des ersten Halbjahres 2019, so ergibt sich auch diesbezüglich eine starke Steigerung. Damals wurden im gleichen Zeitraum Waren im Wert von knapp sechs Milliarden Euro gehandelt.

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €			Dt. Einfuhr in Tsd. €			Dt. Ausfuhr in Tsd. €		
	Jan – Jun 2021	Jan – Jun 2020	Jan – Jun 2019	Jan – Jun 2021	Jan – Jun 2020	Jan – Jun 2019	Jan – Jun 2021	Jan – Jun 2020	Jan – Jun 2019
Serbien	3.014.808	2.365.135	2.533.114	1.284.615	1.036.867	1.094.800	1.730.193	1.328.268	1.438.314
Nordmazedonien	2.561.335	1.558.467	2.253.937	1.910.944	1.115.514	1.620.992	650.391	442.953	632.945
Bosnien und Herzegowina	903.599	755.822	842.840	443.772	371.308	397.763	459.827	384.514	445.077
Albanien	220.329	186.131	195.860	63.350	73.566	69.483	156.979	112.565	126.377
Kosovo	197.719	128.173	136.995	26.718	21.728	14.919	171.001	106.445	122.076
Montenegro	66.151	58.155	64.591	11.319	13.716	8.732	54.832	44.439	55.859
WB-6 Handel Gesamt	6.963.941	5.051.883	6.027.337	3.740.718	2.632.699	3.206.689	3.223.223	2.419.184	2.820.648
Deutscher Handel Gesamt	1.249.500.000	1.076.400.000	1.222.547.251	576.400.000	499.700.000	5.556.174.284	673.100.000	576.700.000	666.372.967

Quelle: Berechnungen des Ost-Ausschusses, Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Bewältigung der Corona-Pandemie

Um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern, haben die Länder der Region Maßnahmenpakete zur Stützung der heimischen Wirtschaft geschnürt. Der Umfang unterschied sich zum Teil erheblich und war vor allem von der fiskalischen Leistungsfähigkeit bestimmt. Teile dieser Pakete zielten auf die Unterstützung der heimischen Wirtschaft ab, beispielsweise durch Lohnfortzahlungen, Finanzspritzen für klein- und mittelständische Unternehmen, Steuererleichterungen, den Aufschub von Zahlungsfristen oder der Aussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen (Bsp. Nordmazedonien).

Auch die EU sicherte der Region Unterstützung bei der Bewältigung der COVID-19-Krise zu und schnürte im April 2020 ein Maßnahmenpaket in Höhe von 3,3 Milliarden Euro. Diese Mittel, teilweise Neuzuweisungen von Mitteln aus dem Instrument der Vorbeitrittshilfen sowie Kreditlinien der Europäischen Investitionsbank, sollten helfen, den unmittelbaren Bedarf im Gesundheitswesen zu decken und die soziale und wirtschaftliche Erholung der Westbalkanländer zu fördern.

Das finanzielle Unterstützungspaket der EU in Höhe von mehr als 3,3 Milliarden Euro umfasst¹:

Mittel zur Bewältigung der Gesundheitskrise	
	<ul style="list-style-type: none"> • 41,5 Millionen Euro an Soforthilfe für den Gesundheitssektor zur Beschaffung medizinischer Geräte und Materialien • 70 Millionen Euro für den Zugang zu Covid-19-Impfstoffen und die Durchführung von Impfkampagnen • 7,4 Millionen Euro zur Unterstützung von Impfvorkehrungen • 1,5 Millionen Euro für die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)
Mittel zur Beschleunigung der sozioökonomischen Erholung	
	<ul style="list-style-type: none"> • 376,5 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen • 750 Millionen Euro an Makrofinanzhilfe
Mittel zur Unterstützung von Unternehmen und Investitionen des öffentlichen Sektors	
	<ul style="list-style-type: none"> • 385 Millionen Euro zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) • 1,7 Milliarden Euro an Vorzugsdarlehen der Europäischen Investitionsbank

Für die Länder des Westlichen Balkans ergibt sich daraus die folgende Mittelaufteilung²:

Albanien	
<i>Bewältigung der Gesundheitskrise</i>	4 Millionen Euro
<i>Beschleunigung der sozioökonomischen Erholung</i>	46,7 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen sowie 180 Millionen an Makrofinanzhilfe
Bosnien und Herzegowina	
<i>Bewältigung der Gesundheitskrise</i>	7,7 Millionen Euro
<i>Beschleunigung der sozioökonomischen Erholung</i>	73,5 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen sowie 250 Millionen an Makrofinanzhilfe
Kosovo	
<i>Bewältigung der Gesundheitskrise</i>	5 Millionen Euro
<i>Beschleunigung der sozioökonomischen Erholung</i>	63 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen sowie 100 Millionen an Makrofinanzhilfe
Montenegro	
<i>Bewältigung der Gesundheitskrise</i>	3 Millionen Euro
<i>Beschleunigung der sozioökonomischen Erholung</i>	40,5 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen sowie 60 Millionen an Makrofinanzhilfe
Republik Nordmazedonien	
<i>Bewältigung der Gesundheitskrise</i>	13,5 Millionen Euro
<i>Beschleunigung der sozioökonomischen Erholung</i>	62 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen sowie 160 Millionen an Makrofinanzhilfe
Serbien	
<i>Bewältigung der Gesundheitskrise</i>	17,7 Millionen Euro
<i>Beschleunigung der sozioökonomischen Erholung</i>	75,7 Millionen Euro zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen

Bereits im Rahmen des EU-Westbalkan-Gipfels im Mai 2020 kündigte die EU-Kommission darüber hinaus einen Wirtschafts- und Investitionsplan für die Länder des Westlichen Balkans an, der im Oktober 2020 vorgelegt wurde. Mit dem Wirtschafts- und Investitionsplan

¹ Quelle: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/economic-support-to-western-balkans/> Seite geöffnete am 15. Juni 2021.

² Quelle: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/economic-support-to-western-balkans/> Seite geöffnet am 15. Juni 2021.

sollen die WB-6 unter anderem rund neun Milliarden Euro an Unterstützung über ein weiteres Instrument der Vorbeitrittshilfen (IPA III) erhalten können. Darüber hinaus sollen zum Beispiel über die Europäische Investitionsbank Garantien zur Verfügung gestellt werden, die insgesamt Investitionen in Höhe von 20 Milliarden Euro ermöglichen sollen. Mit dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA) unterstützt die EU notwendige Reformen bei den EU-Beitrittskandidaten (Albanien, Montenegro, Serbien, Nordmazedonien) und den potenziellen Beitrittskandidaten (Bosnien und Herzegowina und Kosovo) zur Vorbereitung des EU-Beitritts. Mit dem Instrument IPA II werden Begünstigte bei der Annahme und Umsetzung der politischen, institutionellen, rechtlichen, administrativen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen mit Blick auf eine künftige EU-Mitgliedschaft unterstützt. Mit dem neuen Instrument IPA III soll die wirtschaftliche Konvergenz der Länder der WB-6 gefördert und die Mittel für Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur eingesetzt werden. Ziel ist es, mit den Vorbeitrittshilfen Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in den begünstigten Ländern zu fördern und die Heranführung an die EU zu unterstützen.

Potenziale und Perspektiven der Länder des Westlichen Balkans

Das besondere Potenzial der Region liegt in der Vielfalt des möglichen unternehmerischen Engagements. Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Softwareentwicklungen und IT-Services, Entwicklung, Digitalisierung, Metallverarbeitung, Tourismus, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Infrastrukturausbau (insbesondere Verkehr und Telekommunikation). In all diesen Branchen sind deutsche Unternehmen bereits aktiv. Und dort liegen noch nicht erschlossene Marktchancen.

Die Corona-Pandemie hat zudem zu einem Umdenken geführt, was beispielsweise die Frage der Zulieferketten anbelangt. So ist viel von „near-shoring“, „re-shoring“ oder Diversifizierung dieser Ketten die Rede. Hier liegen weitere Chancen für die Region, sich als Standort und Partner zu empfehlen. Analysen, wie eine im Mai 2021 vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), den Handelskammern der Westbalkanstaaten, der GTAI und der Kammerpartnerschaft Westbalkan vorgestellte Studie³ bestätigen das. Demnach geht der Trend dahin, bei der Diversifizierung von Lieferketten Regionen in den Blick zu nehmen, die näher an den westeuropäischen Märkten liegen. Die Länder der WB-6 sind aufgrund ihrer geografischen Lage, des wettbewerbsfähigen Lohnniveaus, aber auch wegen „weicher“ Faktoren wie kultureller Nähe und des guten Rufs ihrer Arbeitskräfte attraktiv. Von diesem Potenzial wird die Region aber nur dann profitieren, wenn entscheidende Rahmenbedingungen geschaffen und verbessert werden. So sind politische Stabilität, Rechtstaatlichkeit und Infrastruktur mindestens ebenso wichtige Faktoren wie Lohnkostenvorteile.

Wie sich die Länder des Westlichen Balkans heute positionieren, wird darüber entscheiden, ob ihre wirtschaftliche Entwicklung von dem beschriebenen Trend profitieren kann und ob es ihnen gelingt, neue Investitionen anzuziehen und Kooperationen einzugehen.

Wesentlich ist hier die Qualität des Standorts. Der Schwerpunkt sollte auf qualifizierten Arbeitskräften, Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung, der Modernisierung des Bildungssystems und der Infrastruktur liegen. Aus Sicht des OA sind dies relevante Hebel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit für die wirtschaftliche Prosperität der einzelnen Länder und der Gesamtregion.

³ „Getting stronger after COVID 19? Nearshoring potentials in the Western Balkans.“ <https://wiiw.ac.at/getting-stronger-after-covid-19-nearshoring-potential-in-the-western-balkans-p-5814.html>

B) Hebel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Rechtsstaatlichkeit

Um die vielfältigen Potenziale der Länder des Westlichen Balkans zu realisieren, sind die Verbesserung der rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer lokaler Unternehmen, insbesondere mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt, aber auch die Investitionssicherheit von zentraler Bedeutung.

Regelkonformes Verhalten ist ein wichtiger Faktor für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft und die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen. Die Transparenz von Entscheidungsprozessen in Politik und öffentlicher Verwaltung und die Einbindung von Akteuren aus Politik und Gesellschaft in politische Entscheidungsfindungsprozesse sind wichtige Elemente. Dazu gehören auch die entschlossene Bekämpfung von Korruption und ähnlichen Regelverstößen sowie klare rechtliche Regelungen und deren Durchsetzung zu den zentralen Aufgaben.

Dialogbereitschaft und regionale Zusammenarbeit

Wichtige Impulse für wirtschaftlichen Wohlstand in der Region kann die intensivierete intraregionale Kooperation der WB-6 geben. Harmonisierungen auf rechtlicher und regulatorischer Ebene müssen daher weiter vorangetrieben werden.

Es ist aus Sicht des OA unabdingbar, dass die Regierungen der WB-6 den Dialog sowohl mit der Wirtschaft als auch der Gesellschaft im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse weiter verstärken. Nur so ist es möglich, gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten und umzusetzen. Neben einem Bürokratieabbau, effizienteren Genehmigungsverfahren und dem Einsatz von eGovernment-Lösungen stellt dieser dialogorientierte „Multistakeholder-Ansatz“ einen wesentlichen Baustein der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung dar.

Seit mehr als 25 Jahren hat der Transformationsprozess in den WB-6 das wirtschaftliche Gefüge grundsätzlich verändert. Unterschiedliche rechtliche und regulatorische Vorgaben und ein ausgeprägtes System von Zöllen und weiteren Handelsschranken haben sowohl die internationalen als auch die regionalen Handelsbeziehungen maßgeblich beeinflusst und zur wirtschaftlichen Desintegration der Region geführt. Mithilfe regionaler Kooperationsansätze soll diesen strukturellen Nachteilen in den heutigen Ökonomien in der Region begegnet werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist das Zentraleuropäische Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Agreement, CEFTA), dem inzwischen alle Länder Südosteuropas beigetreten sind, die nicht Mitglied der EU sind.

Wir begrüßen ausdrücklich die Ende 2020 vereinbarte Verlängerung der Preferential Trade Agreements (PTA) seitens der EU. Die PTA wurden 2000 initiiert und nun für weitere fünf Jahre bis 2025 verlängert. Die Maßnahmen unterstützen die regionale Wirtschaft über die bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit den Ländern des Westlichen Balkans hinaus, die Teil der mit jedem Land der Region unterzeichneten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sind. Dadurch werden in dem Zeitraum von fünf Jahren fast 24 Millionen Euro an Zöllen eingespart. Dies wird insbesondere kleineren Landwirten

zugutekommen. Diese Vereinbarungen werden dazu beitragen, die negativen Auswirkungen der Pandemie durch Förderung der Exporte, Aufbau von Widerstandsfähigkeit und Diversifizierung von Lieferketten zu mildern.

Wir begrüßen außerdem den Dialog der WB-6-Regierungen, wie er sich auch im Rahmen des „Berlin Prozesses“ etabliert hat, und befürworten dessen kontinuierliche Fortsetzung. Regionaler Austausch, freier Marktzugang und fairer Handelswettbewerb führen zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit und somit zu Investitionen, wirtschaftlichem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung.

Fachkräftesicherung - Bildung - Arbeitsmarkt

Grundlage für eine langfristig positive wirtschaftliche und damit auch gesellschaftliche Entwicklung in der Region sind ausreichend verfügbare und gut ausgebildete Fachkräfte, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung von Industrieprozessen. Neben der Verfügbarkeit von Fachkräften bedarf es auch einer am Arbeitsmarkt orientierten Aus- und Weiterbildung. Neben der Vermittlung von sich kontinuierlich weiterentwickelnden Kompetenzen in Informatik und den Naturwissenschaften (MINT) gehört die Einführung von dualen Ausbildungs- und Studiensystemen zu den zentralen Hebeln, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger für die künftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt wappnen und sich neue Perspektiven eröffnen können. Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, den „Brain Drain“ zu minimieren sowie einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, haben eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung. Die deutsche Wirtschaft unterstützt die Implementierung und Adaption dualer Systeme, praxisorientierter Studienausbildungen und das Konzept des lebenslangen Lernens. Bereits jetzt engagieren sich die Auslandshandelskammern mit ihren Mitgliedsunternehmen in den Ländern im Bereich der Aus- und Weiterbildung und stehen den Regierungen für einen Dialog zur Verfügung.

Dem demographischen Wandel in der Region, der auch durch die anhaltende Abwanderung insbesondere junger hochqualifizierter Menschen und Familien getrieben wird, müssen wir gemeinsam begegnen. Denn aktuell verliert die Region nicht nur Fachkräfte, sondern eine ganze Generation. Die Umsetzung einer gezielten neuen Bildungspartnerschaft muss Priorität für die Regierung der Region sein. Diese muss auf ein wegweisendes Umdenken sowie eine neue Kultur des Lernens fokussiert sein. Nur der Erwerb praxisorientierter Fähigkeiten, die Förderung innovativer Vorgehensweisen sowie eine stetige Lern- und Weiterentwicklungskultur in den Unternehmen werden den Verbleib von Fachkräften und jungen Nachwuchskräften in der Region stärken. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang eine noch stärkere Öffnung der berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildung als bisher für private Anbieter. Die deutsche Wirtschaft steht der Region mit seiner Expertise, best practices sowie modernen technischen Equipments zur Verfügung.

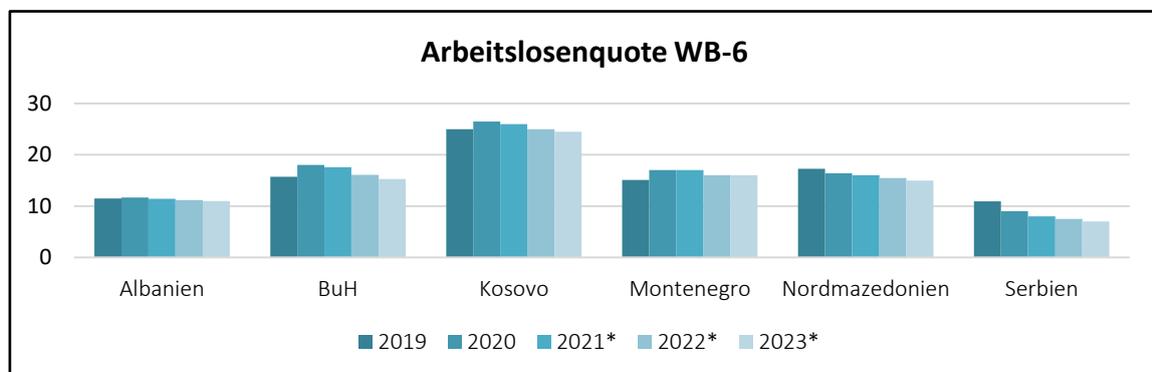
Von Beginn an unterstützt die deutsche Wirtschaft die dualen Ausbildungssegmente in den Partnerländern, die unabdingbar für eine gefestigte Wirtschaft, den Ausbau von Wertschöpfungsketten und für eine Weiterentwicklung der Wirtschaft von der verlängerten Werkbank zum Innovationsstandort sind. Die bereits bestehenden und gut etablierten Partnerschaften zwischen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Regierungen sollten verstärkt werden, um das Interesse und die Beteiligung junger Nachwuchskräfte an dualen Ausbildungsprogrammen und die gesellschaftliche Anerkennung dieser Programme zu stärken. Gemeinsam sollten neue Anreize gesetzt werden, um Schülerinnen und Schüler sowie junge Erwachsene für eine praxisnahe Ausbildung zu begeistern.

Auch im Bereich der akademischen Ausbildung sollten die praxisorientierten Komponenten vor dem Hintergrund der Bedürfnisse der lokalen Arbeitsmärkte verstärkt werden. Die engere Verzahnung von akademischer Ausbildung und beruflicher Praxis würde Studenten frühzeitig in die Lage versetzen, Berufserfahrungen zu sammeln und so auch ihre Ausbildungswahl zu überprüfen. Unternehmen hätten ebenso die Chance, frühzeitig ihre zukünftigen Nachwuchskräfte kennenzulernen und zu fördern. Der Ost-Ausschuss empfiehlt hier die verbindliche Aufnahme von praxisorientierten Pflichtpraktika von mehreren Monaten in die akademischen Curricula aller Studiengänge.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft knüpft hier bereits seit fast zwei Jahrzehnten mit seinem Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans an, in dessen Rahmen Studierende und junge Graduierte Praktika in deutschen Unternehmen in Deutschland absolvieren, um ihre Beschäftigungsfähigkeit auf den lokalen Arbeitsmärkten zu stärken. Zudem erhalten Unternehmen die Möglichkeiten, junge Nachwuchskräfte frühzeitig und längerfristig an ihre Tochterunternehmen und Partner in der Region zu binden. Seit 2003 haben circa 830 Stipendiaten dieses Programm durchlaufen. Viele von ihnen sind heute in Töchterunternehmen deutscher und anderer internationaler Unternehmen sowie in Führungspositionen von Wirtschaft und Politik in den Ländern beschäftigt. Das Stipendienprogramm trägt zur Verbesserung der Ausbildung in der Region bei und fördert die grenzüberschreitende Verständigung und Pflege weiterführender Geschäftsbeziehungen.

Die Sorge um eine fundierte Fachkräftesicherung eint alle europäischen Länder. Sie werben entsprechend alle um innovative und gut ausgebildete Fachkräfte. Dies darf aber nicht zu einem Fachkräftemangel in den wesentlichen Wirtschaftszweigen in den Ländern führen. Dies würde mittel- und langfristige Fehlentwicklungen nach sich ziehen, die Investitionsneigung von Unternehmen hemmen und im schlechtesten Fall zu einem Gefühl der Perspektivlosigkeit unter der verbleibenden Bevölkerung führen.

Gerade die innovativen und kreativen Köpfe sind aus Sicht des Ost-Ausschusses vielfach die Grundlage für Investitionsentscheidungen und Motor wichtiger gesellschaftspolitischer Entwicklungen zugleich. Gemeinsam sollten wir daran arbeiten, dass Unternehmen wie Arbeitnehmer ihre Perspektive in den Ländern der Region sehen. Das gesellschaftliche und soziale Umfeld, das durch Faktoren wie ein funktionierendes Schulsystem, ein gut ausgestattetes und qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen oder eine effektive und mit qualifizierten Fachkräften besetzte Verwaltung bestimmt wird, spielt dabei eine wichtige Rolle.



Quelle: GTAI, wiiv ab 2020; April 2021

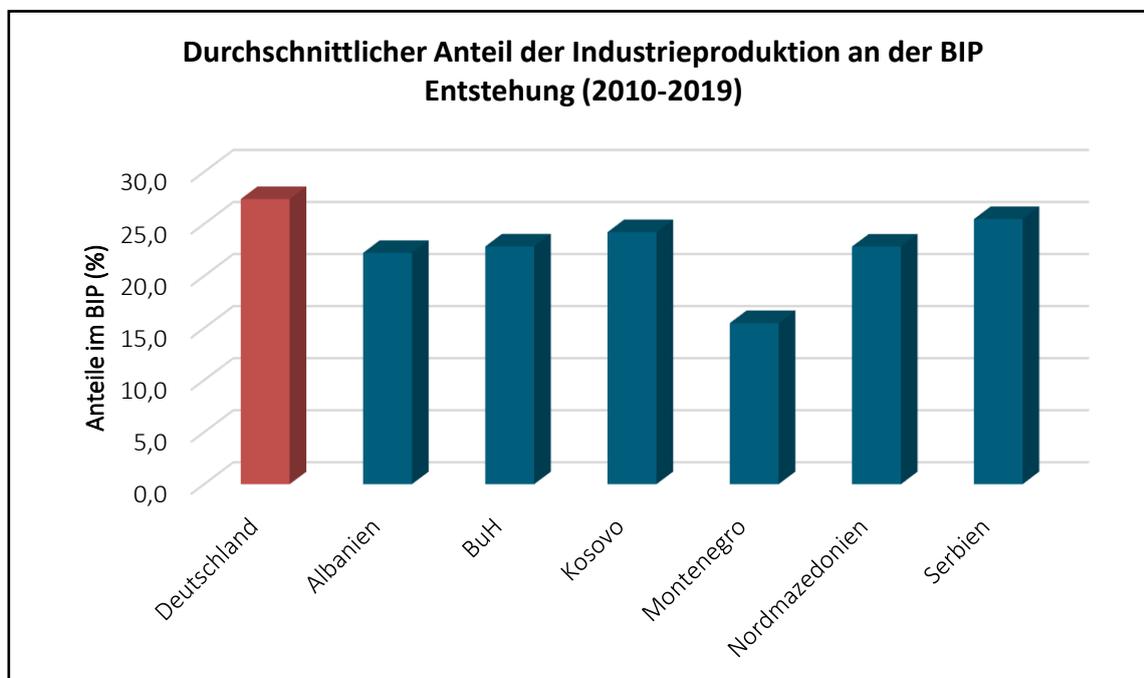
C) Zukunftsthemen für wirtschaftliche Erholung und beschleunigte Entwicklung

Modernisierung der industriellen Produktion, Förderung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Agrarwirtschaft und Verbesserung der digitalen Infrastruktur

Das produzierende Gewerbe sowie die Agrar- und Ernährungswirtschaft sind wesentliche Stützen der Volkswirtschaften der Länder des Westlichen Balkans und leisten einen erheblichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Die Länder des Westlichen Balkans bringen aus Sicht des OA im globalen Standortwettbewerb erhebliche Wettbewerbsvorteile mit, die über die vielzitierten Lohnkostenvorteile deutlich hinausgehen. Insbesondere die räumliche Nähe zu den Kern- und Zielmärkten in Westeuropa ist ein wichtiger Vorteil.

Um diese besondere Position effektiver nutzen zu können, ist aber ein wirtschaftspolitisch und idealerweise auf regionaler Ebene abgestimmtes Vorgehen auf den folgenden Handlungsfeldern von besonderer Relevanz:

- Eine Modernisierung der industriellen Basis ist unabdingbar und sollte mit Nachdruck von den Regierungen unterstützt werden.
- Innovative Technologien und spezifische Lösungen
- Stärkung / Förderung von Innovationspartnern der verarbeitenden Industrie in der Region
- Diversität statt Monotonie – Diversifizierung von Wirtschaftssektoren
- Aufbau einer Kreislaufwirtschaft und innovativen Energieversorgung



Quelle: World Bank, 2019

Innovation

Bereits heute zählt das Land Serbien (48) laut dem Bloomberg Innovationsindex 2021 zu den Top 50 der innovativsten Staaten weltweit. Die Basis für den Aufbau einer innovativen Struktur in diesen Regionen ist gegeben, andere Länder können und müssen nachziehen, denn innovationsbasierte Wirtschaften gewährleisten Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum, positive Entwicklung der lokalen Kaufkraft, wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffpreise, fairen und freien Handel und damit eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung.

Innovationen sind unabdingbar für jedes Wirtschaftsunternehmen – unabhängig von Größe und Branche. Nicht in jedem Fall können jedoch Unternehmen aus eigener Kraft innovative Ansätze verfolgen. Hier ist es von elementarer Bedeutung, dass Politik und öffentliche Verwaltung die öffentliche Diskussion dazu positiv begleiten, Impulse setzen, aber auch durch flexible Rahmenbedingungen Innovation ermöglichen.

Kooperation führt zu Innovation: Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und der stärkere Austausch von Experten generiert neues Wissen und schafft eine Basis für zukünftige weitere Wertschöpfung am Standort. Dieses Potenzial kann gehoben werden, gelingt es, bestehende Barrieren für die Zusammenarbeit von Industrie und Wissenschaft abzubauen. Gerade für klein- und mittelständische Unternehmen könnte es große Effekte haben, gelänge es den Forschungseinrichtungen, das Wissen über bestehende Unternehmen und ihre R&D Strategien und Fähigkeiten zu verbreiten und damit neue Kooperationen zu etablieren.

Ein regelmäßiger Dialog der Unternehmen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Politik gleichermaßen involviert, ist unabdingbar, um diese wichtigen Brücken zu schlagen, Kooperationen anzustoßen und eine Plattform für den Austausch zu notwendigen Reformen in den Bereichen geistiges Eigentum oder Bildung zu etablieren.

Digitalisierung

In dem in Triest verabschiedeten Mehrjahresplan für einen regionalen Wirtschaftsraum (MAP REA) wurde dem Thema Digitalisierung eine ganz besondere Bedeutung gegeben und vereinbart, einmal im Jahr einen Digital-Gipfel in der Region zu organisieren, um so eine Plattform für den Austausch zu den Herausforderungen der digitalen Transformation zu schaffen. Der OA und seine Mitgliedsunternehmen haben dieses Format ausdrücklich begrüßt, weil wir glauben, dass die digitale Transformation die Region weiterhin voranbringen kann, u. a. in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Schlagworte wie Industrie 4.0 oder „Industrial Internet“ zeigen, dass insbesondere die industrielle Produktionsweise vor einer revolutionären Veränderung steht. Die Digitalisierung und Vernetzung sämtlicher Stufen von Wertschöpfungsketten sind das erklärte Ziel der digitalen Transformation von Unternehmen. Grundvoraussetzung ist jedoch die Schaffung moderner, öffentlicher, digitaler Infrastrukturen. Ähnlich wie Energie- und Verkehrsinfrastrukturen gehören inzwischen eine Breitband-Internetanbindung sowie flächendeckende Mobilfunk- und Breitbandinternetnetze zu den Grundvoraussetzungen für die Neuansiedelung und Entwicklung von Wirtschaftsunternehmen. Unabhängig von der Größe und der Branche sind digitale Infrastrukturen wichtig, um Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sicherzustellen.

Unterschiedliche Studien bestätigen dieses Zusammenspiel. So u. a. die Studie „The Impact of Digital Transformation on the Western Balkans – Tackling the Challenges towards Political Stability and Economic Prosperity“ aus dem Jahr 2018. Auf Grundlage einer ökonometrischen Analyse wird konstatiert, dass zehn Prozent mehr Investitionen in digitale Infrastrukturen das Bruttoinlandsprodukt um einen Prozentpunkt steigern würden. Dahinter stehen Effekte durch Folgeinvestitionen und Arbeitsplätze in allen Branchen sowie weitere Effekte durch Innovations- und Produktivitätsimpulse.

Der OA hat deshalb intensiv die Digital-Summit-Serie der Regierungen der Länder des Westlichen Balkans unterstützt und wird sich auch zukünftig in den Dialog zur digitalen Transformation in der Region einbringen.

Die Covid19-Pandemie hat wie ein Brennglas die Bedeutung der Digitalisierung hervorgehoben: Erst durch digitale Formen des Handels, der Bildung sowie der Gesundheitsfürsorge konnte die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe sichergestellt werden. Dies unterstreicht auch eine im Dezember 2020 veröffentlichte Studie⁴ der Universität Graz. Diese zeigt auf, dass gerade im Bereich der Anwendung digitaler Dienste in öffentlicher Verwaltung und im Handel noch große Impulse liegen. Auch wenn der Schwerpunkt auf den Ländern des Westlichen Balkans liegt, sind die Erkenntnisse dieser quantifizierten empirischen Studie auf alle Länder Südosteuropas ableitbar.

Green Deal

Klimawandel und Umweltzerstörung sind existenzielle Bedrohungen für die ganze Welt. Aus diesem Grund hat sich die Europäische Union auf den „European Green Deal“ geeinigt, dessen Ziel es ist, bis zum Jahr 2050 die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf Null zu reduzieren. Damit einher geht die Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energien verbunden mit dem Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft und nachhaltigem Transport. Die Maßnahmen betreffen die Bereiche Finanzmarktregulierung, Energieversorgung, Verkehr, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft.

Mit dem Wirtschafts- und Investitionsplan für die Länder des Westlichen Balkans legte die EU Kommission im Oktober 2020 ein Begleitdokument für eine grüne Agenda für diese Länder vor, und im November 2020 verabschiedeten die sechs Staatschefs der WB-6 die Sofioter Erklärung zur Grünen Agenda für die Länder des Westlichen Balkans.

Insbesondere wird es eine große Herausforderung sein, die teils veralteten Kohlekraftwerke durch andere, moderne Quellen der Energieerzeugung zu ersetzen. Für eine Übergangsperiode werden hier moderne, flexible Gaskraftwerke einzusetzen sein, die später CO₂-frei auf Basis von Wasserstoff weiter betrieben werden können. Daneben bietet Südosteuropa im gesamteuropäischen Rahmen großes Potenzial zum Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere für Wind- und Solarparks. Diese könnten nicht nur eine komplette Versorgung der heimischen Märkte sicherstellen, sondern auch zum Energie-Export nach Zentraleuropa genutzt werden. Vielerorts kann man davon ausgehen, dass Wind- und Solarparks bereits jetzt die günstigsten erneuerbaren Erzeugungsquellen für Energie sind.

⁴ Diese Studie wurde von fünf Unternehmen und dem Ost-Ausschuss in Auftrag gegeben und vom Zentrum Südosteuropa-Studien der Universität Graz erstellt. *Studie und Policy Paper können hier abgerufen werden:* www.digital-wb.eu

Der weltweite Boom an Erneuerbaren Energien wird wesentlich von privaten Investitionen getragen. Der Fokus der Politik sollte darauf gerichtet sein, die Rahmenbedingungen für diese Investitionen weiter zu verbessern und den Transformationsprozess – im Zusammenhang mit dem Green Deal – zu begleiten und zu gestalten sowie die Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. So fehlt es zum aktuellen Zeitpunkt noch an einer umfassenden Liberalisierung und Vernetzung der Märkte, um einen transparenten und damit effizienten regionalen Strommarkt zu schaffen, der sich in die bereits geschaffenen europäischen Märkte integriert. Für die grünen Technologien fehlen Speicher- und Transportkapazitäten. Es gilt, diese entweder privat oder in Form von Public Private Partnerships aufzubauen. Das Wiederaufbauprogramm der EU bzw. die signifikanten Fonds, die die EU zur Verfügung stellt, könnten hier für zielführende Investitionen genutzt werden. Zusätzlich zu dem Übergang zu einer klimaneutralen Energieproduktion wird aber auch die Implementierung effektiver Recyclingprozesse eine Herausforderung darstellen.

Die Umsetzung der Vision des europäischen Green Deals setzt ein Umfeld voraus, das mit den geeigneten regulatorischen Rahmenbedingungen die Basis für Innovationen schafft. Gerade hier liegt die einzigartige Chance für die Länder des Westlichen Balkans, mittels innovativer Technologien Westeuropa einzuholen bzw. mindestens aufzuholen.

Die Umsetzung des Green Deals ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, die nur im zielorientierten Dialog von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt werden kann und die von Beginn an die Einbindung der Nicht-EU-Mitglieder in der Nachbarschaft voraussetzt. Wichtig ist es, einen regelmäßigen Austausch zu etablieren, in dem frühzeitig Auswirkungen von Instrumenten, wie etwa dem geplanten Carbon Border Tax Mechanism auf die WB-6, diskutiert werden können.

Corporate Social Responsibility

Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung gewinnt angesichts immer engerer grenzüberschreitender Verflechtungen der internationalen Wirtschaft zunehmend an Bedeutung. Diese Verantwortung erstreckt sich zunehmend auch auf die Lieferketten. Je nachhaltiger und transparenter sie aufgestellt sind, desto krisenfester erweisen sich die darin agierenden Firmen. Das hat die Corona-Krise bereits eindrucksvoll bewiesen. Deshalb ist Corporate Social Responsibility das Gebot der Stunde.

Deutschland und die EU haben die Zeichen der Zeit verstanden und arbeiten bereits unter Hochdruck an entsprechenden Lieferkettengesetzen. Deutschland hat mit Verabschiedung des Sorgfaltspflichten-Lieferkettengesetzes im Juni 2021 einen großen Schritt getan. Soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit im wirtschaftlichen Wettbewerb sind aber auch ein Thema für die Länder des Westlichen Balkans. Denn sie bieten den dort ansässigen Betrieben enorme Geschäftschancen – und das sowohl für sich selbst als auch für ihre Kunden, wie Gespräche etwa im Rahmen der Einkaufsinitiative für die Länder des Westlichen Balkans von Bundeswirtschaftsministerium BME und dem AHK-Netzwerk zeigen.

Auf diesen kausalen Zusammenhang, dass die Beachtung von sozialer Verantwortung und Nachhaltigkeit Geschäftschancen mit sich bringen, sollten die Marktteilnehmer aus Ost und West, einschließlich politischer Institutionen, künftig noch energischer hinweisen und diesem entsprechend gerecht werden. Dies hat umso mehr Gewicht, da mit dem neuen Gesetz in Deutschland hiesigen Unternehmen eine direkte Verantwortung für nachhaltiges Lieferantenmanagement auferlegt wird und bei Nichtbeachtung empfindliche Strafen drohen.

D) Ziel bleibt die europäische Integration der Länder des Westlichen Balkans

Aus Sicht des Ost-Ausschusses muss das gemeinsame Ziel die europäische Integration der Länder des Westlichen Balkans sein, die auch die Integration in den EU-Binnenmarkt bedeutet.

Ein wichtiger Zwischenschritt dazu ist die weitere Intensivierung der interregionalen Wirtschaftskooperation der Länder, die einen wesentlichen Beitrag für eine positive wirtschaftliche Entwicklung darstellen würde und im Wesentlichen auch die strukturellen Nachteile der Region überwinden könnte.

Der OA unterstützt weiterhin die Regierungen der WB-6 im Modernisierungsprozess, um damit deren Weg in Richtung einer Mitgliedschaft in der EU zu ebnet und einen Beitrag für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung zu leisten. Die deutsche Wirtschaft steht zu ihren Investitionen in der Region und wird diese nach Kräften auch intensivieren, sofern die regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den skizzierten Bereichen Anreize für weitere Investitionen setzen.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. ist Teil der Digital Transformation Initiative WB6+



E) Über den Herausgeber

Der **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.** (gegründet 1952) ist die älteste und größte Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft. Unterstützt werden die Aktivitäten deutscher Unternehmen in 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht insgesamt für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China zusammen. Der Ost-Ausschuss hat über 300 Mitgliedsunternehmen und -verbände und wird von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – BDI, BGA, Bankenverband, DIHK, GDV und ZDH - getragen.

Aktuelle Statistiken, Positionspapiere und viele weitere Informationen zu den deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit den 29 OA-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite unter www.ost-ausschuss.de

Newsletter: Der OA bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.ost-ausschuss.de/de/newsletter abonnieren können.

Folgen Sie uns auch auf Facebook, LinkedIn und auf Twitter: **@OstAusschuss**.

Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Anja Quiring
Regionaldirektorin SOE
Tel.: +49 (0)30 206167-130
E-Mail: A.Quiring@oa-ev.de

Antje Müller
Programmdirektorin Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
Tel.: +49 (0)30 206167-137
Email: A.Mueller@oa-ev.de

Breite Straße 29
10178 Berlin www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln!